

MÜNCHNER GEWERKSCHAFTSLINKE - VERNETZUNG FÜR KÄMPFERISCHE GEWERKSCHAFTEN informiert:

Solidarität mit der Berliner Krankenhausbewegung!

**Personal entsprechend dem Bedarf –
für einen „Tarifvertrag Entlastung“ für alle Krankenhäuser!**



Jörg Carstensen/dpa

Auftakt in Berlin

8.397 Unterschriften hatten Beschäftigte der landeseigenen Krankenhäuser Vivantes, deren Tochterunternehmen und der Uniklinik Charité in Berlin am 12. Mai vor dem Roten Rathaus überreicht. Damit forderten sie die Arbeit“geberInnen“ auf, in ernsthafte Verhandlungen über einen Tarifvertrag Entlastung (TVE) und für die Einführung des TVöD für die Vivantes-Töchter einzutreten: Sollten die Verträge nicht innerhalb der nächsten 100 Tage – bis zum 20. August – unterschrieben sein, kündigten sie an, in den Streik zu gehen.

Eine wichtige Entwicklung: Die Beschäftigten der Unikliniken aller 3 Standorte und der kommunalen Krankenhäuser ziehen an einem Strang. Wie in den beiden Unikliniken Düsseldorf und Essen wird diesmal auch das Personal der Tochtergesellschaften von Vivantes miteinbezogen.

KrankenhauskollegInnen im Durchsetzungstreik

Der TVE sieht als Kernelement eine feste Quotierung bei der PatientInnenversorgung vor. Weder waren die Klinikleitungen in ernsthafte Verhandlungen eingetreten, noch hatten die politisch Verantwortlichen in Stadt und Land entsprechenden Druck auf diese ausgeübt. Die erste Streikwelle begann am 23. August und endete zunächst am 25. August. Möglich wurde der Streik durch die Gewinnung zahlreicher neuer ver.di-Mitglieder. Auf einigen Stationen stieg der Organisationsgrad von 10 % auf 70 %! Man entwickelte einen Streiknotplan, der die Streikwilligkeit der KollegInnen konstruktiv mit der Versorgung der Stationen in Übereinkunft bringen soll. Wie schon 2015 wurde in Gestalt der Teamdelegierten eine mobilisierungsfähige Basisstruktur geschaffen, die für die Initiierung und Kontrolle des Streiks, aber auch der Umsetzung erzielter Ergebnisse eine Schlüsselfunktion innehat bzw. -haben kann.

All dies zeigt die hohe Mobilisierung und den Druck der Belegschaften, dem sich auch die Riege der ver.di-FunktionärInnen nicht entziehen konnte. Darüberhinaus wird das Anliegen des Klinikpersonals auch von den KollegInnen der Volksentscheidskampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ als auch von dem Netzwerk „Gesundheit vor Profit“ unterstützt.

Klinikvorstände und Senat verweigern die Umsetzung der Forderungen

Was die Klinikleitungen von den berechtigten Forderungen halten, hatte Vivantes mit Beginn des Warnstreiks klar gemacht: Anstatt über bessere Bedingungen für alle Beschäftigte zu verhandeln, ließen sie den Warnstreik bei den Tochterfirmen und später bei Vivantes selbst über eine einstweilige Verfügung beim Arbeitsgericht Berlin verbieten. Nachdem die KollegInnen und ver.di zu verschiedenen Protestaktionen aufgerufen hatten, gab das Arbeitsgericht ihnen Recht und der Warnstreik konnte fortgeführt werden.

Gestützt auf einen gesteigerten gewerkschaftlichen Organisationsgrad und auf eine aktive Basis, gingen die

Beschäftigten danach mutig und gestärkt in eine Urabstimmung über einen unbefristeten Vollstreik. An der Charité, bei Vivantes und den Tochterunternehmen stimmten jeweils um die 98 % der gewerkschaftlich Organisierten für den Arbeitskampf. Allein das spricht eine deutliche Sprache. Nach diesem überwältigenden Votum zauberten die Klinikleitungen in letzter Minute noch ein Verhandlungsangebot aus dem Hut. Zugeständnisse wären jetzt möglich – wenn die Beschäftigten und ver.di den Streik abblasen würden.

Doch die Belegschaften gaben ihre Antwort: Seit dem 9. September befinden sich die KollegInnen der Charité und von Vivantes in einem unbefristeten Durchsetzungstreik. Die KollegInnen der Vivantes-Töchter wollten zunächst abwarten, ob die Geschäftsührung ein verhandelbares Angebot vorlegt, was nicht geschah. Am 14. September gab es nochmals eine öffentliche Kundgebung mit ca. 2.000 TeilnehmerIn-nen, auf der vor allem die streikenden KollegInnen selbst zu Wort kamen. Gleichzeitig wurde der Streik in beiden Häusern ausgeweitet und auch die Beschäftigten der Vivantes-Tochtergesellschaften traten nun in einen unbefristeten Streik ein. Damit steigt der Druck auf die jeweiligen Geschäftsführungen. Es gibt keine Alternative zum unbefristeten Streik! Das ist die einzige Sprache, die die Arbeit“geberInnen“ verstehen und gleichzeitig das beste Mittel, die Einheit und Durchsetzungsfähigkeit der Beschäftigten und den Organisationsgrad der Gewerkschaft weiter zu stärken.

Streik auf ganz Deutschland ausweiten!

Die KollegInnen in Berlin streiken nicht nur für sich, sondern für uns alle. Damit dieser Streik zum Erfolg führt und damit auch in anderen Krankenhäusern endlich Schluss ist mit Pflegenotstand und Ausgliederungen, muss ver.di in die Offensive gehen. Sie muss den Berliner Kampf als Ausgangspunkt nehmen, um eine bundesweite Entlastungskampagne zu initiieren und zumindest die Anerkennung des TVöD in den ausgegliederten Gesellschaften fordern.

Gerade die im Oktober beginnende Tarifrunde der Länder im öffentlichen Dienst stellt eine weitere Chance dar, um hier weiterzukommen. Diese müsste von ver.di dazu genutzt werden, die Beschäftigten aller Unikliniken in einen gemeinsamen Kampf um mehr Personal zu führen, anstatt die Entlastungskampagne möglicherweise auf die Zeit nach der Tarifrunde zu verschieben.

So etwas braucht natürlich Anlaufzeit – deswegen muss ver.di schnellstens die KollegInnen der Unikliniken bundesweit darauf vorbereiten und die Berliner Forderungen in die anstehende Ländertarifrunde des öffentlichen Dienstes aufnehmen!

Schluss mit Privatisierungspolitik und DRGs!

Damit die Klinikleitungen den Kampf um mehr Personal nicht unterwandern können, indem sie z.B. umstrukturieren mit dem Hinweis auf knappe finanzielle Ressourcen, muss es in dieser Auseinandersetzung auch um die ganze Frage der Privatisierung gehen. Denn die Ursache liegt an der Finanzierung mittels Fallpauschalen, wovon nur privatisierte Kliniken profitieren, die möglichst viele „lukrative“ Fälle behandeln:

- Alle privatisierten Krankenhäuser müssen rekommunalisiert werden unter Kontrolle der Beschäftigten – den ExpertInnen für ein Gesundheitssystem, das für alle da ist unter guten Arbeitsbedingungen;
- alle ausgegliederten Bereiche müssen unter einem Dach unter gleichen Arbeitsbedingungen reintegriert werden;
- die DRGs müssen abgeschafft werden und die wirklich auftretenden Kosten voll refinanziert werden;
- alle müssen in die Krankenkassen einzahlen, weg mit den Beitragsbemessungsgrenzen;
- Bund und Länder müssen die notwendigen Investitionskosten voll übernehmen - dies ist möglich durch eine progressive Besteuerung von Kapital, Gewinnen und großen Vermögen;
- wir brauchen einen gesetzlichen Personalschlüssel in allen Gesundheitsbereichen entsprechend dem wirklichen Bedarf – ermittelt durch die KollegInnen und PatientInnenorganisationen selbst.

Dafür brauchen wir **jetzt** einen bundesweiten Kampf zusammen mit allen KollegInnen, für mehr Personal, nicht nur in den Krankenhäusern, sondern im gesamten Gesundheitsbereich!